

Antrag

**der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Heinrich Fink, Roland Claus
und der Fraktion der PDS**

Arbeitsweise der Expertenkommission Historische Mitte

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Einberufung der Expertenkommission Historische Mitte und geht davon aus, dass dieses Gremium qualifizierte Vorschläge zur künftigen Gestaltung und Nutzung des Schlossplatz-Areals in der Berliner Mitte unterbreiten wird. Der Deutsche Bundestag stellt allerdings fest, dass eine größere Beteiligung von Expertinnen, von Vertreterinnen und Vertretern aus Ostdeutschland und von ausländischen Expertinnen und Experten wünschenswert wäre. Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Kommission in Anbetracht der großen öffentlichen Anteilnahme an diesem Vorhaben eine transparente Arbeitsweise wählen und eine breite Öffentlichkeit in ihre Diskussion einbeziehen wird.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert,
für die Expertenkommission Historische Mitte solche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, dass sie
 - die Ergebnisse ihrer Tätigkeit für die Öffentlichkeit dokumentieren kann (z. B. mittels Ausstellung, Dokumentation, Internet-Präsentation);
 - öffentliche Tagungen durchführen kann, die dokumentiert werden und auf denen auch das Publikum sich äußern kann;
 - Anfragen, Anregungen o. Ä. von Bürgern und Bürgerinnen und Interessengruppen zum Gegenstand annehmen und in ihrer Arbeit berücksichtigen kann.

Berlin, den 25. Oktober 2000

**Petra Pau
Dr. Heinrich Fink
Roland Claus und Fraktion**

Begründung

Die Mitte der Spreeinsel braucht eine funktionelle, städtebauliche und architektonische Neubestimmung.

Bundesregierung und Senat haben nach nunmehr zehnjähriger Debatte entschieden, dass zur Entscheidungsvorbereitung für diesen bedeutsamen und umstrittenen innerstädtischen Platz Berlins die Unterstützung von Experten und Expertinnen herangezogen werden soll. Angesichts bisheriger Kontroversen und Blockaden ist damit die Hoffnung verbunden, die Diskussion auf eine sachliche Grundlage zu stellen und entscheidungsfähige Vorschläge zu erhalten. Aufgabe der Politik soll es sein, das Ergebnis der Expertenkommission zu bewerten und umzusetzen.

Die Spreeinsel soll künftig zum Zentrum der städtischen Mitte und damit auch ein Pendant zu den Einrichtungen des Bundes mit ihrem Schwerpunkt im Spreebogen werden. Das bisherige Konzept, mit einem Solitärbau – ob als Neubau (Spreeinselwettbewerb) oder als Schlossrekonstruktion – die Neugestaltung der Spreeinsel zu erreichen, hat bisher zu keiner Lösung geführt. Die Definition der Nutzung erweist sich als ebenso schwierig wie die Aufstellung eines realisierungsfähigen Finanzierungskonzeptes. Die Umgestaltung der Spreeinsel-Mitte wird ein langwieriger Prozess sein. Nur im gesellschaftlichen Dialog kann auf der Mitte der Spreeinsel ein bürgerschaftliches Forum entstehen, das breite Akzeptanz bei den Berlinern und Berlinerinnen und allen Bürgern und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland erfährt. Dafür sind Veranstaltungen, Ausstellungen, Dokumentationen und eine Internetpräsenz des Gremiums unerlässlich.

Die Erwartungen an die Expertenkommission sind zu Recht hoch. Deshalb muss auch der Bundesregierung und dem Senat daran liegen, dass die Kommission in einer Weise arbeiten kann, die breit diskutierte und konsensfähige Vorschläge bzw. Ergebnisse hervorbringt. Zugleich verbietet es sich, den Vorschlägen der Kommission durch politische Vorgaben vorzugreifen und damit ihre Tätigkeit von vornherein in Frage zu stellen.